

Rede für Oberbürgermeisterin Henriette Reker anlässlich der dbb Jahrestagung am 07. Januar 2020

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herren Silberbach, Geyer und Schäfer, sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Dr. Schäuble, sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Giffey, sehr geehrter Herr Minister Seehofer, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Laschet, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Dr. Landsberg, sehr geehrte dbb Mitglieder, liebe Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wissenschaften, guten Tag und herzlich willkommen in Köln. Ich wünsche Ihnen, dass Sie die Tagung als einen guten Start ins neue Jahr erleben.

Heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, stellen Sie sich im Rahmen Ihrer Jahrestagung wirklich spannende Fragen:

„Wie tickt die Jugend politisch?“ und „Welche Herausforderungen stellen sich für die Demokratie in puncto politische Willensbildung?“

Beide Fragen treiben uns alle um. Und ich glaube, sie sind auch untrennbar miteinander verbunden.

Die Jugendlichen und Kinder heute werden in einem schwierigen politischen Spannungsfeld erwachsen. Ich bin zwar grundsätzlich der Auffassung, das bis dato noch jede Generation ihre Probleme bewältigt hat – die Frage ist allerdings immer: wie und auf welche Weise?

Fridays for Future auf der einen Seite. Die Verrohung der Gesellschaft auf der anderen. Nach extremen Positionen braucht man heute nicht lange suchen. Während wir sie in dem einen Kontext als wichtiges Mittel der Demokratie, als Äußerung der Meinungsfreiheit, Einstehen für die eigenen Werte begreifen – ergeben sich auf der anderen Seite radikale Gedanken, die eine Geschichte der Gewalt und der Abgrenzung erzählen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Jugendlichen und Kinder heute keine leichte Aufgabe haben, wenn Sie für sich versuchen, in den sehr lauten politischen Botschaften, die in der Welt gesprochen werden, ihre eigene Position zu finden.

Lassen Sie mich Ihnen einen Rettungsring zu werfen, an dem wir uns alle festhalten können, in Zeiten, in denen wir unseren gesunden Menschenverstand anzweifeln.

Die Demonstrationen zu Fridays for Future sind geboren aus dem Mut einer Generation, die sich traut, für die konstruktive Lösung eines Problems einzustehen. Sie wenden sich dabei nicht konkret gegen Einzelne und haben ein höheres Ziel – den Fortbestand unserer Erde. Die Beweggründe, die hier zum Handeln führen zeigen: die politische Bildung unserer Jugend funktioniert. Sie sind in der Lage, sich eine eigene Meinung zu bilden und für diese einzustehen – und zwar nicht auf Kosten anderer.

Verrohung und rechte Strömungen jedoch schüren und nutzen die Ängste der Menschen und der Jugendlichen. Wir registrieren eine erschreckende Zunahme von verbalem Hass und Gewalt – gegen Juden, gegen Zuwanderer und Geflüchtete und gegen diejenigen, die für eine pluralistische Gesellschaft eintreten!

Herr Silberbach, ich erinnere mich gut an Ihre Rede im vergangenen Jahr. Sie sprachen vom deutschen Beamten als Prügelknaben der Gesellschaft und benannten, als einer der Ersten, die Erfahrungen unserer Kollegen, die bei der Ausübung ihres Dienstes.

Mich bekümmert der jüngste Vorfall in Köln sehr! Einige Mitarbeiter haben sich zu Recht nach dieser Tat über den Umstand beschwert, dass sie uneinschätzbaren Gefahren ausgesetzt sind. Dafür habe ich Verständnis. Und ich kann Ihnen sagen: wir arbeiten mit Hochdruck auch an der Schließung der Lücke im Meldewesen, damit niemand unnötigen Risiken ausgesetzt wird. Deshalb werden wir bis Ende März diesen Jahres eine

zentrale Meldestelle einrichten, um präventiv entgegenzuwirken. Ein weiterer Schritt – und sicher nicht der letzte.

Denn eines darf uns nicht abhanden kommen: unser Vertrauen in die Stadtgesellschaft. Unsere weltoffene Haltung in Köln, in dem Menschen aus 182 Nationen und rund 140 Glaubensgemeinschaften friedlich zusammenleben, droht unter Druck zu geraten. Das bedrückt mich als Oberbürgermeisterin! Unabhängig von Titel, Dienstgrad oder Berufsbezeichnung muss in diesem Land, ja in dieser Stadt, der Respekt die unumstößliche Basis einer Gesellschaft sein.

Und es ist unser aller Aufgabe, diesen Respekt einerseits einzufordern – und gleichzeitig mit Leben zu füllen. Ich denke, wir alle, die heute hier sind, sind in der Lage für uns und unsere Haltung einzustehen. Keiner muss ein Opfer sein. Deshalb müssen wir gerade jetzt immer wieder deutlich unsere Ablehnung von Menschenverachtung immer wieder deutlich machen wie sehr wir menschenverachtende Gedanken, aus denen Taten werden, ablehnen. Das Grundgesetz, unter dem wir alle zusammenkommen, bringt es auf den Punkt: Die Würde des Menschen ist unantastbar! Dieser kurze Satz hat es in sich. Denn er ist keine Beschreibung! Er ist eine Aufforderung an uns alle.

Denn das, meine lieben Damen und Herren, ist für mich ohnehin die wichtigste Basis, die man in einer Gesellschaft bieten kann, um die politische Bildung einer neuen Generation sicherzustellen: wir müssen offen bleiben und den Dialog aufrecht halten. Wer sprechen kann, dem kann auch geholfen werden. So sagt es bereits ein altes Sprichwort.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen: eine erkenntnisreiche Jahresauftakt-Tagung und gute Gespräche.